

„Wir brauchen eine Repolitisierung der Frauenbewegung“

Interview mit Julia Evelyn Martínez, bis Dezember 2010 Leiterin des salvadorianischen Frauenentwicklungsinstituts ISDEMU



El Salvador ist das Land mit der weltweit höchsten Rate an Frauenmorden und eines der Länder, die Abtreibung in jedem Fall verbieten – selbst bei Gefahr für das Leben der Mutter.

Etwas gegen diese beiden extremen Formen der Verletzung von Frauenrechten zu unternehmen gehörte zu den Hauptzielen der Arbeit von Julia Evelyn Martínez als Leiterin des staatlichen salvadorianischen Frauenentwicklungsinstituts ISDEMU. Am 22. Dezember 2010 wurde sie abgesetzt. Ein Gespräch mit Julia Evelyn Martínez über die verschiedenen Formen von Gewalt gegen Frauen in El Salvador, ihre Arbeit, die Gründe für ihre Absetzung und die Perspektiven der Frauenbewegung in El Salvador.

Frau Martínez, im März 2009 wurde der Fernsehjournalist Mauricio Funes als Kandidat der ehemaligen Guerillabewegung FMLN zum neuen Präsidenten El Salvadors gewählt. Zwanzig Jahre Präsidentschaft der rechten ARENA-Partei fanden ein Ende. Seitdem hat sich einiges geändert im Land. Gab es auch einen Umschwung in der Frauenpolitik?

Auf jeden Fall. Das fängt schon innerhalb der staatlichen Institutionen an. Es gibt klare Anweisungen der Regierung: In staatlichen Einrichtungen soll sexuelle Belästigung, die bisher fast immer toleriert wurde, nicht mehr geduldet werden. Ein anderes Beispiel ist der Gesundheitsbereich: Endlich gibt es kostenlose Vorsorgeuntersuchungen für Gebärmutterkrebs und Brustkrebs.

Das klingt so, als ob die Regierung eine gute Frauenpolitik macht.

In vielen Bereichen kann man tatsächlich von einem „Davor“ und einem „Danach“ sprechen. Es gibt aber zwei Bereiche, wo die Bilanz eindeutig negativ ausfällt. Der erste ist die wachsende Gewalt gegen Frauen: Allein von 2008 auf 2009 ist die Zahl der Morde an Frauen um 84 Prozent gestiegen. El Salvador hat die weltweit höchste Rate von Morden an Frauen (*femicidios*) weltweit. Doch es passiert viel zu wenig, um dies zu ändern. Diese spezielle Gewalt gegen Frauen wird nicht als Herausforderung für die Politik der öffentlichen Sicherheit empfunden.

Was sind die Gründe dafür, dass die Gewalt gegen Frauen seit einigen Jahren so stark ansteigt?

Das größte Problem ist die Straffreiheit, auf die die Täter zählen können. Wenn Frauen ermordet werden, ist die Aufklärungsquote noch niedriger als sie es sonst schon ist. In gewisser Weise ist die Gewalt aber auch eine Reaktion auf den Aufbruch der Frauen, die ihre Rechte heute stärker als früher einfordern. Die Männer fühlen sich in ihrer Vormachtstellung angegriffen. 2010 wurden mehrere Massengräber mit insgesamt 260 Frauenleichen gefunden. Viele dieser Frauen wiesen schreckliche Folterspuren auf: Messer oder Flaschen in ihrer Vagina zum Beispiel. Wer so etwas macht, tut dies wahrscheinlich nicht nur, um seinen

persönlichen Hass zu befriedigen. Er will auch ein Zeichen setzen, dass es allen Frauen so gehen kann, die sich für ihre Rechte einsetzen.

Was müsste denn geschehen, um diese Gewalt zu bremsen?

Wir brauchen eine größere Sensibilität der staatlichen Stellen, vor allem der Polizei und der Justiz, bei Fällen von Gewalt gegen Frauen.

Die meisten Polizisten sind Männer und sie sind so machistisch wie der Durchschnitt der Männer in El Salvador. Dies bedeutet, dass sie dazu neigen, die Gewalt gegen Frauen vor allem im häuslichen Bereich zu bagatellisieren. Bewusst oder unbewusst solidarisieren sich viele mit den Tätern.

Das Hauptproblem aber ist die Justiz. Viele Richter sehen Gewalt gegen Frauen im häuslichen Umfeld nicht als das an, was es tatsächlich ist, nämlich als ein Verbrechen. Immer wieder suchen sie nach Rechtfertigungen für diese Gewalt und bewerten sie als nicht so schlimm. Häufig bleiben die Täter straffrei oder kommen mit geringen Haftstrafen davon, die dann auch noch zur Bewährung ausgesetzt werden. Und die Frauen wissen nicht, wo sie sich hinwenden sollen, um Schutz vor ihren gewalttätigen Ehemännern zu finden. Es gibt in ganz El Salvador ein einziges staatliches Frauenhaus, und das hat lediglich 30 Plätze.

Erst vor Kurzem ist ein neues Gesetz gegen die Gewalt an Frauen verabschiedet worden. Wie bewerten Sie dieses Gesetz?

Dieses Gesetz ist ein riesiger Erfolg für die Frauenbewegung. Es wurde am 25. November, am Internationalen Tag gegen die Gewalt gegen Frauen, einstimmig vom Parlament verabschiedet, mit den Stimmen der rechten Opposition also. Es bedeutet einen riesigen Fortschritt für den Schutz der Menschenrechte der Frauen, vor allem das Recht auf ein Leben ohne Gewalt.

Was macht dieses Gesetz so wichtig?

Es hat viele positive Aspekte, von denen ich zwei besonders hervorheben möchte. Erstens legt es fest, dass die Regierung eine nationale Politik gegen die Geschlechtergewalt ausarbeiten muss. In diese Politik sollen alle staatlichen Institutionen einbezogen werden, die in irgendeiner Weise mit den Auswirkungen und der Vorbeugung von Gewalt gegen Frauen zu tun haben. Dazu zählen unter anderem das Bildungsministerium, das Gesundheitsministerium, das Ministerium für Öffentliche Sicherheit, die Polizei und die Kommunalverwaltungen. Und zweitens erhöht das Gesetz die Strafen für die Gewalttaten an Frauen, zum Beispiel wenn sie von ihren (ehemaligen) Partnern verübt werden.

Sie haben von zwei Bereichen gesprochen, bei denen die Bilanz der Regierung negativ ausfällt. Welches ist der zweite Schwachpunkt?

Das sind die reproduktiven Rechte. El Salvador hat neben Nicaragua das schärfste Abtreibungsrecht in ganz Lateinamerika. Seit dem Jahr 1998 ist Abtreibung grundsätzlich verboten, selbst aus medizinischen Gründen, wenn das Leben der Frau in Gefahr ist, bei Inzest oder wenn die Frau vergewaltigt wurde.

Haben die Frauen gar keine Alternative?

Frauen aus der Mittel- oder der Oberschicht können im Ausland abtreiben oder sich in einer Privatklinik behandeln lassen, wenn es nach einem Schwangerschaftsabbruch Komplikationen gibt. Diese Möglichkeit haben arme Frauen nicht. Sie versuchen selbst abzutreiben oder lassen unsichere Abtreibungen vornehmen. Wenn sie nach Komplikationen in ein öffentliches Krankenhaus

kommen, müssen die Ärzte und Pflegerinnen sie anzeigen, um sich nicht selbst strafbar zu machen. Den Frauen drohen Haftstrafen bis zu acht Jahren. Wenn die Richter die Abtreibung als schweren Mord bewerten, drohen sogar bis zu 30 Jahren. In so einer Situation begehen viele, vor allem junge Frauen aus lauter Verzweiflung Selbstmord.

Ende Oktober hatte der UN-Menschenrechtsrat El Salvador für sein Abtreibungsgesetz kritisiert und Reformen gefordert. Hat so etwas keine Auswirkungen auf die Haltung der Regierung?

Für die Regierung stehen in dieser Frage nicht die Frauenrechte im Mittelpunkt der Überlegungen, sondern Umfrageergebnisse und mögliche politische Allianzen mit anderen Parteien. Weder Präsident Funes noch die FMLN wollen sich mit der katholischen Kirche anlegen, die gegen jede Liberalisierung des Abtreibungsrechts ist.

Sie selbst haben sich dafür eingesetzt, Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr länger zu bestrafen, wenn das Leben der Mütter in Gefahr ist oder die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung oder von Inzest ist. Wurden Sie deshalb im Dezember 2010 als Direktorin des ISDEMU entlassen?

Das war der entscheidende Grund. Ein weiterer war, dass ich mich für die Autonomie des ISDEMU eingesetzt habe, die durch eine Verordnung des Präsidenten im November faktisch abgeschafft wurde. Vanda Pignato, die Frau von Präsident Funes und in ihrer Eigenschaft als „First Lady“ automatisch Präsidentin des ISDEMU, hat nun noch mehr Macht als vorher. Sie war es auch, die meine Kündigung durchgesetzt hat. Entlassen wurde ich angeblich wegen „Vertrauensverlust“, die Gründe dafür wurden mir aber bis heute nicht offiziell mitgeteilt. Ich selbst durfte zu den Vorwürfen keine Stellung nehmen und wurde bei der entscheidenden Sitzung des ISDEMU-Vorstands nicht gehört.

Der Vorstand hat Ihre Absetzung einstimmig beschlossen, einschließlich der beiden Vertreterinnen von Frauenorganisationen im Vorstand. Hatten Sie denn keine Unterstützung der Frauenbewegung in El Salvador?

Im Vorfeld wurde großer Druck auf die beiden Organisationen aufgebaut. Da der Vorstand meinen Vertrag als Direktorin des ISDEMU erst am 10. Dezember 2010, zwölf Tage vor dieser erneuten Vorstandssitzung also, einstimmig um ein Jahr verlängert hatte, musste auch meine Absetzung einstimmig erfolgen.

Die eine Vertreterin war Yanira Argueta, bis dahin Direktorin der „Salvadorianischen Frauenvereinigung“ (Asociación de Mujeres Salvadoreñas, AMS). Sie wurde damit geködert, dass sie noch in dieser Sitzung zu meiner Nachfolgerin ernannt wurde. Die zweite war Rina Clará, Vertreterin der „Melidas“ (Movimiento de Mujeres Melida Anaya Montes, MAM), einer der FMLN nahestehenden Frauenorganisation.

Vieles deutet darauf hin, dass der Präsident und die First Lady mit der FMLN-Spitze gesprochen haben, damit sie auf die Melidas Einfluss nimmt und diese meiner Absetzung zustimmen. Was sie dafür bekommen haben oder werden, weiß ich nicht. Es zeigt aber sehr deutlich, wie problematisch es ist, dass ein Teil der Frauenbewegung nicht unabhängig ist und nach parteipolitischen Überlegungen entscheidet.

Was bedeutet dies für die Frauenbewegung El Salvadors? Wird es zu einer Spaltung und einer Schwächung kommen?

Das Verhalten von AMS und Melidas ist nur ein Ausdruck dessen, dass die Frauenbewegung bereits vorher gespalten war. Es gibt kein gemeinsames feministisches Projekt, für das die verschiedenen Organisationen streiten. Das liegt auch daran, dass einzelne Organisationen, noch dazu so wichtige wie die Melidas, von einer Partei abhängig sind. Der Einfluss der FMLN schadet den feministischen Organisationen, es kommt zu einer Vermischung von feministischen und parteipolitischen Interessen.

Die Frauenorganisationen sind heute nicht schwächer als vor zehn Jahren, vor allem was ihre Anzahl, ihre Mitglieder und auch das Geld, über das sie verfügen, betrifft. Zumindest einige von ihnen sind aber weniger politisch, und sie arbeiten weniger zusammen als früher. Mehr als eine Bewegung sind sie heute Organisationen, die Projekte durchführen. Eine Repolitisierung der Frauenbewegung ist dringend nötig.

Wie wird sich das Verhältnis zwischen Frauenbewegung und Regierung entwickeln?

Das muss sich erst noch zeigen. Einige Organisationen, wie AMS und Melidas, werden vermutlich noch enger mit der Regierung zusammenarbeiten als bisher. Sie werden in Projekte und Programme der Regierung eingebunden und dafür auch Gelder und Einfluss bekommen. Andere Organisationen werden eher eine kritischere Position einnehmen. Dies bedeutet aber nicht, dass sie nicht mehr mit der Regierung kooperieren werden.

Es wäre fatal für die Anliegen der Frauen, wenn es zu einer Spaltung zwischen der Regierung und der Frauenbewegung käme. Das gilt auch für das Verhältnis der Frauenbewegung zum ISDEMU. Auch hier ist eine Zusammenarbeit weiterhin sinnvoll, auch wenn diese bestimmt etwas kritischer sein wird. Das ISDEMU braucht den Einfluss der Frauenorganisationen, zumal weil es seit dem 22. Dezember in der Versenkung verschwunden ist. Es hätte schon einige Gründe gegeben, aber das ISDEMU meldet sich nicht mehr öffentlich zu Wort. Seit dem 22. Dezember ist auch die Webseite abgeschaltet (dies war noch bis zur Drucklegung dieses INKOTA-Briefs Ende Februar so; Anm. der Red.).

Was sind denn heute die wichtigsten Themen für die feministische Bewegung in El Salvador?

So wie früher auch geht es in erster Linie um eine politische und ökonomische Unabhängigkeit und die Autonomie über den eigenen Körper, die Rechte der Frauen und den Kampf gegen das Patriarchat. Hier sind die sexuellen und reproduktiven Rechte natürlich ein zentraler Bereich.

Sicherlich haben nicht alle Frauenorganisationen die gleichen Positionen dazu.

Hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den feministischen Organisationen im engeren Sinn und den Frauenorganisationen, die sich vor allem um ein bestimmtes Thema herum bilden. Dies sind zum Beispiel die Frauen vom Land, indigene Frauen, Gewerkschafterinnen oder jene, die für eine bessere Wasserversorgung kämpfen. Alle diese Gruppen und Organisationen sind Teil der salvadorianischen Frauenbewegung, aber längst nicht alle sind zum Beispiel für das Recht auf Abtreibung und auch nicht für das Ende einer Strafverfolgung in den bereits genannten speziellen Fällen, wie zum Beispiel einer medizinischen Indikation.

Eine letzte Frage: Was werden Sie an diesem 8. März machen?

Wenn ich bis dahin fertig werde, möchte ich an diesem Tag eine ausführliche Analyse meiner anderthalb Jahre als Direktorin des ISDEMU präsentieren. Vielleicht gehe ich auch auf eine Demonstration in San Salvador. Außerdem wird an diesem Tag hoffentlich ein bereits vor einem Jahr vom Feministischen Zusammenschluss Prudencia Ayala (Concertación Feminista Prudencia Ayala) vorgelegter Gesetzesentwurf zur Gleichstellungspolitik (Ley de Igualdad de Oportunidades; Übersetzung?) vom Parlament verabschiedet. Da möchte ich dabei sein.

Die feministische Ökonomin Julia Evelyn Martínez hat das staatliche Frauenentwicklungsinstitut ISDEMU seit dem Amtsantritt von Präsident Mauricio Funes im Juni 2009 bis zu ihrer Entlassung im Dezember 2010 geleitet. 2010 wurde sie zur „Ökonomin des Jahres“ in El Salvador gewählt. Heute arbeitet sie wie auch früher schon als Professorin an der Jesuitenuniversität UCA in San Salvador. Michael Krämer hat sie zuerst im November 2010 in Berlin interviewt. Nach ihrer Kündigung als Direktorin des ISDEMU trafen sie sich Ende Januar in San Salvador zu einem zweiten Interview.